



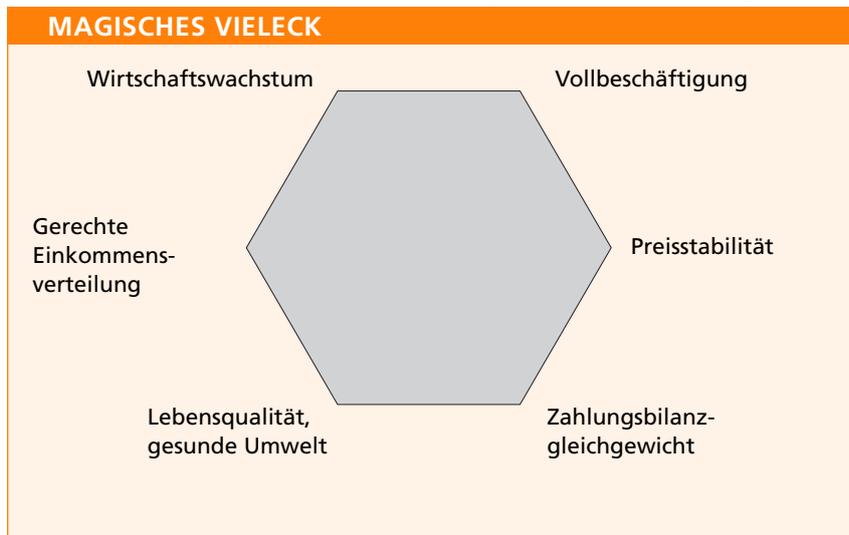
TRITTSTEIN 1 ZIELE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Was macht Wirtschaftspolitik?

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind Themen, bei denen viele Personen bei Befragungen angeben, dass sie sich nicht gut auskennen. Gleichzeitig nennen die Österreicherinnen und Österreicher, wenn sie nach ihren größten Sorgen gefragt werden, häufig wirtschaftliche Probleme: die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge um den Wert der Währung (→Inflation) usw. Wirtschaft begegnet uns im Alltag auf Schritt und Tritt, als Schülerin oder Schüler treffen Sie unzählige Konsumentscheidungen, Sie arbeiten unbezahlt oder bezahlt in Neben- und Ferialjobs, schreiten auf Ihrem Bildungsweg voran. Aber auch als Wählerinnen und Wähler beeinflussen wir die Wirtschaft über den Umweg der Wirtschaftspolitik.

Mit Wirtschaftspolitik wird versucht, geregelte Rahmenbedingungen für das Wirtschaften herzustellen (Bsp.: Wettbewerbspolitik soll Monopole verhindern). Politik versucht auch die Wirtschaftsentwicklung zu beeinflussen (Bsp.: über die Höhe von Steuern, Zinsen etc.). Welche wirtschaftspolitischen Ziele dabei mit welchen Maßnahmen als besonders erstrebenswert angesehen werden, hängt von den Interessen sowie vom jeweiligen (politischen) Standpunkt ab und ist politisch in Diskussion.

Was macht das Vieleck der wirtschaftspolitischen Ziele magisch?



Je nach AutorIn wird bei den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen von einem magischen Viereck, Fünfeck oder Vieleck gesprochen. Neben dem Wirtschaftswachstum, der Beschäftigung, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und der Geldwertstabilität werden vermehrt eine gerechte Einkommensverteilung sowie die Bewahrung der Lebensqualität und der gesunden Umwelt als zentrale wirtschaftspolitische Ziele angesehen.

Das magische Vieleck kann durchaus um weitere Eckpunkte ergänzt werden. So könnte etwa die Bildung (z.B. Recht auf Bildung in einer Demokratie) ein eigenständiges Ziel und nicht nur Mittel für Innovation und Wirtschaftsentwicklung sein. Als „magisch“ wird das Vieleck deshalb bezeichnet, da mehrere Ziele in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen oder einander gar ausschließen (z.B.: Inflation und Beschäftigung). Meist bestimmen die Interessen die wirtschaftspolitische Denkweise, zwei große Denkschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt, der Keynesianismus und der Neoliberalismus. Durch das Wählen und die daraus entstehenden politischen Machtverhältnisse bestimmen wir die Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele mit.

Welche Zielkonflikte können auftreten?

Jene Ziele, die im magischen Vieleck scheinbar gleich gewichtet und friedlich nebeneinander stehen, sind teilweise schwer vereinbar. So schließen sich eine niedrige →Inflation und eine gleichzeitig hohe Beschäftigung beinahe aus. Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit reduzieren, erhöhen gleichzeitig die Inflation und umgekehrt (vgl. Trittsteine 2 und 4). Auch das Wirtschaftswachstum (vgl. Trittstein 3) wird häufig gegen den Umweltschutz ausgespielt. Wirtschaftswachstum könne nur zu Lasten der Umwelt erwirtschaftet werden, Umweltschutz ginge auf Kosten des Wachstums (vgl. Trittstein 6).

Wer macht Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaft wird auf verschiedenen Maßstabsebenen beeinflusst (siehe Kasten S. 55 idB).

- ➔ Als WählerIn kann jeder einzelne Mensch Wirtschaft mitgestalten, ebenso durch bewusste Kauf- und Konsumententscheidungen.
- ➔ Auf der regionalen bis nationalen Ebene wird durch zahlreiche Entscheidungen von Unternehmen, BürgermeisterInnen, LandespolitikerInnen bis zum Parlament hinauf reale Wirtschaftspolitik gemacht.
- ➔ Bedeutende Player der österreichischen Wirtschaftspolitik sind auch die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer) sowie der ArbeitgeberInnen (Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer). Diese versuchen, den Interessenausgleich als sogenannte →Sozialpartner am Verhandlungstisch zu erreichen.
- ➔ Seit dem EU-Beitritt sind Teile der wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf eine andere Ebene gewandert, so werden etwa die Geldpolitik oder die Agrarpolitik europaweit geregelt.
- ➔ Darüber stehen noch internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die in die Weltwirtschaft eingreifen: Sie gestalten die Rahmenbedingungen des Freihandels, vergeben Kredite mit strengen Auflagen etc. Letztlich haben auch große multinationale Konzerne wie z.B. in der Automobilindustrie etc. die Macht, durch Firmenentscheidungen die Wirtschaft zu beeinflussen.

Welche Denkweisen dominieren die Wirtschaftspolitik?

In den letzten Jahrzehnten haben sich vor allem zwei wirtschaftspolitische Denkrichtungen durchgesetzt. Die nachfrageorientierte keynesianische Wirtschaftspolitik sieht den Markt selbst als Problem. Der Markt kann sich nicht selbst regulieren, zu wenig Nachfrage schafft Arbeitslosigkeit und reduziert das Wachstum. Staatliche Eingriffe sollen zur Rettung die Nachfrage ankurbeln und damit die als zentral angesehene Beschäftigung sichern. Dafür darf sich der Staat auch verschulden (*deficit spending*), eine gewisse →Inflation wird damit in Kauf genommen. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in Kombination mit einer gerechten Einkommensverteilung sind die zentralen Ziele dieser Denkweise.

Die Gegenposition der angebotsorientierten neoliberalen Sichtweise sieht die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft als eines der Hauptprobleme. Zu strenge Gesetze, zu hohe Löhne, zu hohe Steuern vermindern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein möglichst freies Wirtschaften, Lohn- und Steuersenkungen lösen aus neoliberaler Sicht das Problem, erzeugen Wirtschaftswachstum und sichern so indirekt die Beschäftigung. Geldwertstabilität ist zudem vor allem für die Finanzwirtschaft ein wichtiges Ziel.

B DAS BEISPIEL FINANZKRISE 2008–2010

Sichtweise A:

Kritische Stimmen sehen den Mangel an Kontrolle der Börsen und der Spekulationen als eine Ursache für den Crash des amerikanischen Immobilienmarktes und den dadurch ausgelösten Zusammenbruch von Versicherungen und Banken über die USA hinaus. Große Hilfspakete wurden sowohl von Einzelstaaten, aber auch von der EU geschnürt, um Banken in der Krise mit frischem Geld auszuheilen. Für die Zukunft wird eine verstärkte Kontrolle der Finanzmärkte gefordert. Zudem soll eine Spekulationssteuer (Tobin-Tax) oder Bankensteuer eingeführt werden, geringe Promillebeträge der Umsätze der Geldgeschäfte sollen die Kosten von ähnlichen Krisen finanzieren.

Sichtweise B:

Der Finanzmarkt reguliert sich mittelfristig von selbst. Krisen dienen in gewisser Weise dem freien Wettbewerb, konkurrenzfähige und innovative Unternehmen bzw. Ideen überleben und setzen sich durch. Staatliche Unterstützung für Banken und Versicherungen wird eingefordert, sofern dies nicht an Bedingungen oder Kontrolle gebunden ist. Strengere Kontrollmechanismen und staatliche Einflüsse auf den Bereich der Finanzwirtschaft werden abgelehnt. Eine Spekulations- oder Bankensteuer würde dazu führen, dass Geld und Geschäft an andere Börsenplätze und sogenannte Steueroasen (Staaten, die keine oder besonders niedrige Steuern auf Einkommen und Vermögen einheben) abfließt.

Arbeitsanregungen

- Überlegen Sie, welche Interessensgruppen von den einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen am meisten profitieren? Welche Ziele werden sie daher stärker unterstützen, welche weniger?
Tragen Sie die Ihrer Meinung nach passenden Wirtschaftsakteure in die Tabelle ein.
(*Gewerkschaften, Wirtschaftskammer, NGO im Umweltschutzbereich (Bsp.: Greenpeace), NGO im Sozialbereich (Bsp.: Caritas), multinationale Konzerne, keynesianische Wirtschaftspolitikerin, neoliberaler Wirtschaftsforscher, Finanzwirtschaft etc.*)

Wirtschaftspolitische Ziele	Starke Unterstützung	Skepsis oder Gegnerschaft
Wirtschaftswachstum		
Beschäftigung		
Inflation		
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht		
Gerechte Einkommensverteilung		
Umweltschutz		

- Erklären Sie, welche Rolle Sie derzeit und zukünftig bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik spielen (können).
- Ordnen Sie die Sichtweisen A und B im Beispiel Finanzkrise 2008–2010 den beiden wirtschaftspolitischen Denkschulen zu und begründen Sie diese Zuordnung.